

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baulstellen-Anzeigen die 3 gelbpatente Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

# Der Proletarier



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh.

Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitrage 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Unser Verband am Schlusse des Jahres 1917.

Am Schlusse des Jahres 1916 konnten wir über eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Verbandes berichten. In Nr. 4 des „Proletariers“ vom Jahre 1917 brachten wir zahlenmäßige Zusammenstellungen über die Entwicklung im Jahre 1916 und knüpften daran folgende Schlusssätze:

„Was in allem zeigt die Entwicklung des Verbandes im Kriegsjahr 1916 ein Bild der Festigung und Erholung. Die alten Mitglieder haben mit anerkennenswerter Treue zu ihrem Verband gehalten und neue wurden in steigender Zahl gewonnen. Häkt diese Besserung im laufenden Jahre an, so werden wir in verhältnismäßig kurzer Zeit die Lücken wieder ausgefüllt haben, die Kleinmut und Unverstand in den ersten Kriegsmontaten in unsere Reihen gerissen haben. Kommen dann unsere Kollegen heim aus dem Felde, so werden sie ihren Verband stark und leistungsfähig wiederfinden.“

Es ist uns eine große Freude, heute feststellen zu können, daß im Jahre 1917 die Besserung nicht nur angehalten, sondern sich noch gesteigert hat. Am Schlusse des Jahres 1917 waren nicht nur die Lücken wieder ausgefüllt, die „Kleinmut und Unverstand“ in den ersten Kriegsmontaten in unsere Reihen gerissen hatten, sondern darüber hinaus ist noch ein erheblicher Zuwachs an Mitgliedern gewonnen. Könnten heute alle unsere eingezogenen Kollegen in unsere Reihen zurückkehren, so hätten wir reichlich 10000 Mitglieder mehr als bei Kriegsbeginn.

Die vollständigen und genauen Zahlen über den Mitgliederstand liegen allerdings noch nicht vor. Die gehen mit den Abrechnungen für das vierte Vierteljahr ein und können erst in einigen Monaten veröffentlicht werden. Jedoch bietet uns die seit Kriegsausbruch laufend erst wöchentlich, dann monatlich geführte Erhebung ein ziemlich zutreffendes Bild, zumal sich für den Monat Dezember von 467 vorhandenen Zahlstellen 419 an der Berichterstattung beteiligt haben. Diese 419 Zahlstellen hatten bei Kriegsbeginn 199 157 Mitglieder; die 48 Zahlstellen, die nicht berichtet haben, nur rund 10 000 Mitglieder. Es fallen also nur etwa 5 Prozent der Mitglieder bei der diesmaligen Berichterstattung aus. In den 419 berichtenden Zahlstellen waren vorhanden:

	Am 1. August 1914	Am 31. Dez. 1917
männliche Mitglieder am Orte	172 249	68 723
im Heeresdienst	—	103 232
weibliche Mitglieder am Orte	26 908	38 755
Zusammen	199 157	210 710

In den berichtenden Zahlstellen waren danach Ende 1917, wenn die eingezogenen Kollegen als Mitglieder weiter gerechnet werden, 11 553 Mitglieder mehr vorhanden als Ende 1917. Es ist jedoch anzunehmen und geht auch aus der weiter unten angeführten Gaustatistik hervor, daß in den Zahlstellen, die nicht berichtet haben, die Entwicklung ungünstiger, das tatsächliche Wachstum des Verbandes also geringer ist. Ein erfreulicher Mitgliederzuwachs ist jedoch auf jeden Fall vorhanden. Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist allerdings eine ganz andre geworden. Zunächst ist der Altersaufbau nicht mehr derjenige. Die Kollegen im besten Lebensalter sind zumeist eingezogen, die Jugendlichen und die älteren Kollegen stellen größere Anteile. Doch darüber haben wir zahlenmäßige Feststellungen nicht. Wohl aber über die Zusammensetzung nach Geschlechtern. Diese zeigen, daß die weiblichen Mitglieder heute schon einen ganz erheblichen Bruchteil der Mitgliedschaft stellen. Darüber einige vergleichende Zahlen.

	Mitglieder insgesamt	Davon weibliche überhaupt	in Prozent
Ende 1913	207 384	26 031	12,5
„ 1914	130 341	21 753	16,7
„ 1915	85 118	18 970	22,3
„ 1916	80 545	22 076	27,4
„ 1917	110 804	40 710	36,6

Die Angaben für 1917 sind ermittelt auf Grund der oben erwähnten Monatsstatistik unter Einsetzung entsprechender Zahlen für die Orte, die nicht berichtet haben. Sie sind also noch nicht endgültig, weichen aber, nach früheren Erfahrungen, von dem tatsächlichen Stande nur sehr wenig ab. Die Verhältniszahlen für die weiblichen Mitglieder zeigen ein stetes Ansteigen, obwohl die absolute Zahl in den ersten Kriegsjahren gesunken und erst mit 1916 wieder gestiegen ist. Die Schwächung der männlichen Mitgliedschaft durch Einziehungen war eben größer als der Rückgang der weiblichen infolge der Kriegsvergäptheit. Im Jahre 1917 ist der Zuwachs an weiblichen Mitgliedern sehr stark gewesen, jedoch immer noch nicht so stark, wie ihr Zustrom in das Erwerbsleben.

Die folgende Zusammenstellung der Eintritte und Austritte im Jahre 1917 ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfasst, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammensetzung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die Zahl der von der Berichterstattung erfassten Mitglieder schwankt. Immerhin gibt sie ein Bild von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

Monat	Mitglieder aufgenommen			Mitglieder ausgeschieden		
	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.
Januar	824	1 463	2 287	359	435	794
Februar	1 356	1 622	2 978	463	510	973
März	1 609	1 441	3 050	680	497	1 177
April	1 482	2 597	4 079	423	657	1 080
Mai	1 595	2 632	4 227	555	794	1 349
Juni	2 167	2 794	4 961	692	1 119	1 811
Juli	1 692	3 378	5 070	547	1 461	2 008
August	2 055	3 466	5 521	604	1 337	1 941
September	2 334	3 276	5 610	843	1 395	2 238
Oktober	1 819	2 462	4 281	636	1 168	1 804
November	2 010	3 160	5 170	597	1 456	2 053
Dezember	2 300	3 080	5 380	1 149	1 848	2 997
Januar-Dez.	21 243	31 371	52 614	7548	12 677	20 225

In den berichtenden Zahlstellen sind im Jahre 1917 52 614 Mitglieder aufgenommen. Da nicht angenommen werden kann, daß die 48 Zahlstellen, die nicht berichtet haben, gar keine Neuaufnahmen machten, muß die Gesamtzahl noch etwas höher angelegt werden. Damit ist das letzte Friedensjahr, das uns 58 467 neue Mitglieder brachte, nahezu erreicht. Wie sich der Mitgliederzuwachs in den Kriegsjahren gestaltete, ist nachstehend zusammengestellt. Gegenübergestellt sind dem Zuwachs die Abgänge durch Austritt, Streichung, Abreise, Tod usw. Die zum Heere Eingesetzten sind nicht eingerechnet.

Jahr	Eintritte	Abgang
1914	31 939	52 876
1915	10 041	25 017
1916	14 795	13 850
1917	52 614	20 225

Für 1917 sind, was immer zu beachten ist, nur die vorläufigen Ergebnisse eingeseht, die später noch etwas berichtigt werden müssen. Den Eintritten ist noch der Zugang durch Zugereiste, vom Heere Zurückgekehrte zuzurechnen, dem Abgang die Einberufenen. Darüber werden später die einschlägigen Zahlen veröffentlicht. Heute handelt es sich nur um den Nachweis, daß der Verband im Jahre 1917 einen geradezu überraschenden Aufschwung genommen hat. Die Zahl der Neuaufnahmen hat sich gegen 1916 fast vervierfacht, gegen 1915 verfünffacht. Selbst 1914, das doch noch sieben Friedensmonate umfaßt, bleibt weit hinter 1917 zurück. Fast noch erfreulicher als die Zahlen über den Zugang sind die über den Abgang. Wir müssen bis zum Jahre 1906 zurückgehen, um einen höheren Ueberzuch der Zugänge über die Abgänge festzustellen. Da aber nicht die Zahl der Aufnahmen, sondern der tatsächliche Mitgliederzuwachs der beste Gradmesser für die Beurteilung der Verbandsentwicklung ist, so ergibt sich, daß das Jahr 1917, das vierte Kriegsjahr, uns einen Fortschritt gebracht hat, der nur einmal seit Bestehen des Verbandes übertroffen worden ist. Das ist fürwahr eine Feststellung, über die wir uns freuen dürfen.

Ein anderer Maßstab für die Entwicklung des Verbandes liegt in der Auflageziffer des Verbandsorgans. Die Auflage deckt sich allerdings nicht genau mit dem Mitgliederbestand; sie ist vielmehr immer etwas höher, weil überschüssige Exemplare mitgedruckt werden und ein Teil der Auflage an Nichtmitglieder abgegeben wird. Andererseits erhalten nicht alle Mitglieder den „Proletarier“, weil auch die „Gleichheit“ und die „Oswiata“ geliefert werden. Sehr groß ist die Differenz zwischen der Auflage und dem Mitgliederbestand also nicht. Doch es soll ja gar nicht der jeweilige Mitgliederbestand, sondern nur die Entwicklung dieses Bestandes veranschaulicht werden, und dafür bieten die Zahlen auf jeden Fall eine geeignete Grundlage. Nun wurde die Nr. 53 des Jahres 1916 in 93 600 Exemplaren gedruckt, die Nr. 52 des Jahres 1917 aber in 119 500 Exemplaren. Die Auflage ist demnach um rund 26 000 gestiegen. Der Mitgliederbestand ist jedoch um mehr gestiegen, weil ja gleichzeitig die Zahl der ausgegebenen Frauenzeitungen gestiegen ist. Die steigende Auflage des Verbandsorgans hat, nebenbei bemerkt, die unangenehme Nebenfolge, daß der Papiermangel für uns besonders drückend fühlbar wird.

In der nun folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der Erhebung für den Jahresabschluss nach Gauen zusammengestellt. Im Gegensatz zu der vorjährigen Zusammenstellung und zu den meisten oben gegebenen Zahlen sind in dieser Tabelle Zahlen für den ganzen Verband gegeben. Es sind nämlich für die Zahlstellen, die nicht berichtet haben, die Ergebnisse nach früheren Angaben oder auf anderer Grundlage geschätzt worden. Da es sich, wie schon mitgeteilt, nur um etwa fünf Prozent Ausschlag handelt, könnte eine solche Schätzung selbst dann kaum zu einer wesentlichen Verschiebung des Gesamtergebnisses führen, wenn sie sehr irrig wäre; es ist jedoch anzunehmen, daß sie den Tatsachen sehr nahe kommt, daß also das so ermittelte Gesamtergebnis durch die später zu ermittelnden endgültigen Zahlen nur wenig berichtigt werden wird. Um einen Vergleich zu erleichtern, sind die Zahlen für den Jahresbeginn bzw. für Ende 1916 mit angegeben.

Gau	Mitgliederzahl Ende 1916			Mitgliederzahl Ende 1917			Zunahme im Jahre 1917
	männl.	weibl.	auf.	männl.	weibl.	auf.	
1	4 772	2 937	7 709	5 789	4 348	10 137	2 428
2	7 389	1 262	8 651	8 060	2 279	10 439	1 788
3	5 301	790	6 091	5 585	2 935	8 520	2 429
4	4 055	434	4 489	4 223	1 171	5 394	906
5	969	50	1 019	1 338	121	1 459	440
6	1 869	971	2 840	2 628	2 303	4 931	2 091
7	8 774	4 736	13 510	10 206	8 006	18 212	4 702
8	2 805	824	3 629	3 329	1 411	4 740	1 111
9	1 950	2 022	3 972	2 018	2 735	4 753	781
10	2 368	2 440	4 808	3 178	3 240	6 418	1 610
11	1 840	836	2 676	1 98	447	3 427	751
12	2 165	238	2 403	2 766	501	3 267	864
13	2 770	409	3 179	3 419	917	4 336	1 157
14	1 267	692	1 959	3 232	2 476	5 758	3 799
15	10 621	2 995	13 616	12 225	6 809	19 037	5 421
Einzelmitgl.	21	8	29	65	11	36	7
Zusammen	58 936	21 644	80 580	70 154	40 710	110 864	30 284

Das Wachstum ist nicht in allen Gauen gleich, aber vorwärts geht es überall. Und das ist die Hauptsache: Vom Jahre 1918 erhoffen wir vor allem den Frieden. Bringt es uns den, so ist uns um die Entwicklung des Verbandes nicht bange. Es kann allerdings sein, daß die Umordnung des Wirtschaftslebens uns vorübergehend in der Entwicklung hemmt, das wird jedoch gern ertragen werden im Hinblick auf die Besserung, die folgen muß. Besser sind die Aussichten für einen baldigen allgemeinen Frieden heute nicht besser als bei Jahresbeginn.

### Die „Herren-im-Hause“.

Auf unserm Verbandstag wurde auch darauf verwiesen, daß die Unternehmervereinigungen in der Kriegszeit nicht schwächer, sondern stärker geworden sind. Auch kam mehrfach die Meinung zum Ausdruck, daß die Unternehmer im Kriege in keiner Weise umgelehrt hätten, vielmehr heute wie früher den Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen und den schärfsten Kampf gegen alle Arbeiterforderungen aufnehmen würden, sobald ihnen das nur halbwegs möglich ist. Für die Richtigkeit dieser Auffassung sprechen zwei Notizen, die kürzlich durch die Presse gingen. Die eine behandelt das Wachstum der Unternehmerverbände, insbesondere des Deutschen Industrie- und Gewerbeverbandes. Dieser schreibt darüber in seinen „Mitteilungen“ vom November 1917 folgendes:

„Trotz der für die Verarbeitung ungünstigen Kriegsverhältnisse sind seit Anfang dieses Jahres weitere 540 Firmen mit rund 27 Millionen Mark Jahreslohnsumme als Mitglieder neu gewonnen worden. Während des Krieges ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1530 auf zur Zeit 6680 gestiegen. Anschlüsse mehrerer bedeutender Verbände und zahlreicher Einzelfirmen stehen in nächster Zeit bevor. Wie die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Industriellen überall, wo sich Gelegenheit bietet, stets mit für ihre Organisation arbeiten.“

In den „Mitteilungen“ wird dann noch die in Arbeitgeberkreisen vielfach verbreitete Ansicht von der Schwächung der Gewerkschaften durch den Krieg als irrtümlich zurückgewiesen, sondern vielmehr von einem „unverkennbaren Nachwuchs der Gewerkschaften“ gesprochen, weshalb „ein weiterer Ausbau der Schutzorganisation der Arbeitgeber um so notwendiger“ sei. Zumal der „nicht aus der Welt zu schaffende Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Kriegszeit zu außerordentlich schweren Auseinandersetzungen führen wird“. Es wird diese Ansicht zwar mit angeblichen Äußerungen der Gewerkschaftsorgane begründet, allein man weiß ja, daß die Unternehmer sich gern als die Friedfertigen hinzustellen belieben, die sich nur notgedrungen gegen die bösen Friedensstörer, die Gewerkschaften, zur Wehr rüsten.

Sehr viel „deutscher“ als die „Mitteilungen“ des Industrie- und Gewerbeverbandes wird eine an die Regierung gerichtete Eingabe des „Berliner Deutschen Eisen- und Stahl-Industrieller“. Diese, aus dem August 1917 datierte Eingabe wendet sich scharf gegen die „zwangsweise Uebertragung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie der Schlichtungsstellen auf die Friedenswirtschaft“. Die Regierung müsse „ihre Selbständigkeit gegenüber den Einflüssen der Gewerkschaften wieder gewinnen“. Tarifverträge würden von den Arbeitern in schwierigen Zeiten doch gebrochen und seien in der Grobindustrie und im Bergbau gänzlich unmöglich. Wirtschaftsfrieden, volle Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte und gute Löhne sind nach der Eingabe möglich „durch die Verhütung jeder unnötigen Agitation und Aufregung der Arbeiterschaft und Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbehörden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer“.

In die Wirklichkeit wollen die Eisenindustriellen dieses Programm dadurch umsetzen, daß sie auf Grund des Belagerungszustandes ein vollständiges Verbot der Agitation an der Einzel- und Betriebsfront erlassen, das „die verderbliche Agitation an der Einzel- und Betriebsfront“ soll eine Art militärischen Arbeitszwanges treten. Denn das Hilfsdienstgesetz ist den Industriellen durch die Form, welche die Gewerkschaften ihm gegeben haben, gründlich verleidet.

Die Gewerkschaften hätten, so behauptet die Eingabe, „Außende von Gewerkschaftsbeamten in die ruhigsten Industrie-“



gegenüber" geschieht; "daher" kämen auch "die großen Unruhen, Ausschüsse, Lohnbewegungen und Kravalle" der letzten Monate. Auf dem Kölner Metallarbeiterkongress hätten Legien und Schilde "in dasselbe Horn wie die Parteigänger der Unabhängigen" gestoßen und den Kampfcharakter der Gewerkschaften betont. Schließlich verteidigt sich die Eingabe zu der Behauptung, wir erleben heute unter dem Pfiffsdienstgesetz "in der Industrie ungefähr dasselbe wie Russland an der Front mit seinen Soldaten-"Marschkapfen" und "sollten zum mindesten dafür sorgen, daß keine derartigen russischen Zustände auf die Friedenswirtschaft übertragen werden".

Es ist nicht unsere Aufgabe, gegen die in dieser Eingabe aufgestellten Behauptungen und Anschuldigungen Einspruch zu erheben. Nur hinweisen wollten wir darauf, um auch an diesem Beispiel zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nach diesem Kriege nicht nur dieselben Gegner, sondern auch dieselben Kampfesformen vorfinden wird, mit denen sie früher rechnen mußte. Woraus sie den Schluß zu ziehen hat, daß sie mit höchstem Eifer rüsten muß, wenn sie nicht unter die Räder kommen will. Die beste Rüstung aber ist die geschlossene Organisation.

### @@@ Aus der Industrie @@@

#### Chemische Industrie

##### Die Betriebsaufsicht in der chemischen Industrie im Jahre 1916.

II.

In dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Industrie wird an einer Stelle auch der Versuch gemacht, die steigenden Unfallzahlen auf Umstände zurückzuführen, die rein äußerlich sind. Es heißt da, daß die Zusammenziehung der Industrie in Großbetriebe die Unfallmeldungen vermehre, weil die Großbetriebe jeden Unfall melden, während die Kleinbetriebe nur melden, wenn eine längere Krankheitsdauer anzunehmen ist. Gleichzeitig wird allerdings versichert, daß immer mehr auch die kleinen Betriebe dazu kommen, jeden Unfall anzuzeigen ohne Rücksicht auf seine Schwere bzw. seine Folgen. Diese Steigerung der Unfallmeldungen, ohne daß gleichzeitig auch die Unfälle gestiegen seien. Daran anknüpfend wird dann gefolgert, "daß tatsächlich die Steigerung der Betriebsgefahren keine so wesentliche ist, wie man zunächst angenommen hatte". Immerhin wird anerkannt, daß trotz alledem noch ein Mehr gegen früher vorhanden ist. Es werden dem auch einige dieser Mehrverursachende Punkte zusammengestellt. Solche sind nach dem Bericht:

1. Beschäftigung vieler ungeleiteter, jugendlicher und weiblicher Arbeiter, die mit den Gefahren im Betriebe nicht vertraut sind.
2. Gleichgültigkeit solcher Arbeiter hinsichtlich der Unfallverhütung oder Unkenntnis der Unfallverhütungsvorschriften.
3. Mangel an unparteiisch geschultem Aufsichtspersonal und an Meistern sowie Vorarbeitern.
4. Notdürftiges Herrichten von im Frieden gebräuchlichen Maschinen für die Erzeugung von Kriegsmaterial.
5. Ueberstunden mit weitgehender Heranziehung der Arbeitskräfte.
6. Ueberfüllung der Werkstätten durch nachträglich aufgestellte Maschinen.

Diese Aufzählung ist unvollständig, aber sie zeigt einige sehr wichtige Unfallursachen auf, und sie ist alles in allem eine Deploierung der an dieser Stelle immer vertretenen Auffassung, daß die Unfallverhütung nicht lediglich eine Frage der Technik ist, sondern von der Auswahl, Ausbildung und Anwendung der Arbeitskräfte sehr wesentlich mit abhängt. Eben deshalb haben wir ja auch immer und überall gefordert, daß die Arbeiter mehr herangezogen werden, wenn über Maßnahmen zur Unfallverhütung beraten oder beschloffen wird.

Im Bericht werden dann Einzelfälle angeführt, die für die einzelnen angeführten Punkte sprechen sollen. Wir geben einige davon hier wieder.

Ein jugendlicher Laborant verwechelte im Laboratorium die Rasseflanze mit einer solchen, die konzentrierte, schwarzgefärbte Schwefelsäure enthielt, und trank daraus, was seinen Tod herbeiführte.

Eine Arbeiterin wurde in einer Schießbaumwollfabrik aus Scherz von ihren Mitarbeiterinnen in einen großen leeren Schießwollbüchse geworfen, wobei sie eine eichte Gehirnerschütterung davontrug.

In einem anderen Falle wurde einem Arbeiter beim Abladen von einem Wagen zwischen die Beine gesteckt, wobei er sich das rechte Fußgelenk brach.

Ein Arbeiter stürzte zu Tode, als er entgegen der Warnung seiner Mitarbeiter von einer Pflanze aus an Hochleitungen zum Kopf eines 6 1/2 Meter hohen Gaswaagturms klettern wollte, und noch dazu in Polshüben.

In einem Verreiblaboratorium sollte ein Junge Glasgefäße von anhaftenden Partikeln befreien, wozu ihm ein nicht brennbares Lötlingsmittel zur Verfügung gestellt war. Offensichtlich war er in chemischen Experimenten zu versagen, fällte er statt dessen, als er sich mit einem geschichteten Gefäße allein im Laboratorium befand, Benzol in einen Glasstoß, den er verteilte und dann auf eine Gasflamme setzte. Bei der bald darauf einsetzenden Explosion des Kolbens wurde er mit brennendem Benzol überhäuft, das seine Kleider und seinen Zellulosetragen in Brand setzte. Trotz sofortiger ärztlicher Behandlung des Verletzten erlag dieser später seinen schweren Brandwunden.

Zwei Arbeiter, die sich überzeugen wollten, wieviel Rückstand noch in einer Destillationsblase sei, in der Äther-Äthylaldehyddestillation ansetzten, leuchteten statt mit der vorgeschriebenen beweglichen elektrischen Handlampe mit einem offenen Leuchtgasleuchter in die Blase. Luchtige Kopfberührungen durch die entstehende Siedflamme waren das Ergebnis dieser unüberlegten Handlungsweise.

Zwei Todesfälle entstanden durch Einatmen von Schwefelwasserstoff infolge unvorsichtiger Desinfektion eines Behälters, in dessen Schlamm sich noch Gas befand.

Durch Ueberlasten eines Laugenkessels ist ein weiterer Arbeiter verbrannt worden. Die Lauge wurde mit Wasser verdünnt, worauf der Berührungsleuchtgas, am offenen Mannloch stehend, das "Nachtro" eintrüfte; durch die plötzliche Ueberhitzung schoß die Lauge aus dem Kessel und überdeckte den Arbeiter.

Die Entzündung von Bombengündermasse, welche den Tod zweier Arbeiterinnen herbeiführte, ist erfolgt, weil die Masse in eisernen Gefäßen erhitzt wurde, wodurch ein chemischer Zerfall der Bestandteile eintrat. Die Betriebsleitung wäre von jeiten der Berufsgenossenschaft auf die Gefahr der Benutzung eiserner Gefäße hingewiesen worden, wenn ihr der neu angenommene Betriebszweig vorher bekannt geworden wäre.

In dem zuletzt angeführten Falle hat die Unkenntnis oder der Leichtsinns der Betriebsleitung den Tod der Arbeiterinnen zur Folge gehabt. Ob dafür die gebührende Strafe verhängt worden ist, wird nicht mitgeteilt. Unverständlich scheint es, daß die Berufsgenossenschaft erst nach dem Unfall von dem Vorhandensein des Betriebs Kenntnis erlangt hat. Die Benutzung von Eisen bei der Sprengstoffabfabrikation hat noch zu einigen weiteren schweren Unfällen geführt. In einer Schwarzpulverfabrik wurden mehrere (wieviel jagt der Bericht nicht) Personen getötet und andre schwer verletzt, weil die Fabrik ihre gepressten Kupferplatten abgeliefert und dafür mit Kupfer plattierte Eisenplatten verwendet hatte. Der Bericht teilt mit, die Fabrik habe sich zur Ablieferung verpflichtet gehalten — wir meinen, ein wenig mehr Kenntnis der Gefahr und etwas mehr Gewissenhaftigkeit hätten die Firma zu Erfordernissen und eventuell zu entsprechendem Einspruch veranlassen müssen.

Zahlreiche Unfälle entstanden auch im Berichtsjahre wieder dadurch, daß während des Ganges Klamm abgelegt oder Triebwerke geschmiert wurden. Mehrere Unfälle, darunter ein Todesfall, sind durch Winden veranlaßt, deren Kurbeln zurückzuschlagen. Noch glücklich abgewendet wurde ein Unglück, das infolge des Leichtsinns einer Maschinistin leicht hätte entstehen können. Diese Fabrik hatte für eine Leertarbenfabrik einen Stahlgußautomaten angefertigt für 30 Atmosphären Druck. Als der Autom. nachdem er schon längere Zeit im Gebrauch war, wieder einmal nachgesehen wurde, zeigte sich im Boden ein etwa 70 Zentimeter langer Riß. Dieser Riß war dadurch entstanden, daß die Lieferanten einen Materialriß dadurch auszubessern und zu verdecken gesucht hatte, daß sie den Riß durch 11 Löcher aufgeschraubt und diese dann mit flüssigem Stahl wieder zugegossen hatte. Diese Ausbesserung hatte aber dem Druck nicht widerstanden, der Riß war vielmehr bei der Aufjindung schon 70 Zentimeter lang geworden. Hätte man ihn bei der Prüfung nicht entdeckt, würde die weitere Benutzung wahrscheinlich ein folgenschweres Unglück herbeigeführt haben.

Auf eine scheinbar nebenfällige Bemerkung sei zum Schluß noch verwiesen. Es wird in dem Bericht der Aufsichtsbeamten mitgeteilt, daß die im gegenwärtigen Kriege benutzte Atemschutzmaske durch Entgegenkommen der Heeresverwaltung auch in chemischen Betrieben in Gebrauch genommen werden konnte, und es wird daran die Hoffnung geknüpft, daß "diese zu hervorragender Vollkommenheit ausgebildete Schutzvorrichtung später in der chemischen Industrie allgemeine Anwendung finden und bei der Bekämpfung der Gasgefahren wertvolle Dienste leisten wird". Unser Kollege Lamprecht hat im "Proletarier" schon darauf verwiesen, daß die Heeresverwaltung im Kriege gewissermaßen im Handumdrehen eine Aufgabe gelöst hat, an der sich in Jahrzehnten des Friedens namhafte Techniker und Hygieniker vergeblich versucht haben. Daraus darf man folgern, daß auch manche andre Frage des Arbeiterschutzes noch zu lösen wäre, wenn mit dem gebührenden Eifer und den erforderlichen Mitteln an die Lösung herangegangen wird. Hoffentlich geschieht das in Zukunft mehr, als es in der Vergangenheit geschehen ist.

#### Deutsche Rezepte für die englische Farbstoffindustrie.

Nach Mitteilungen aus englischer Quelle hat eine der englischen Tuchindustrie angehörende Kommission 257 geheime deutsche Bestimmungen über die Bereitung von Farbstoffen aus der Schweiz nach England mitgebracht. Mit Hilfe des englischen Auswärtigen Amtes sind die geheimen Vorschriften sicher nach England geschafft worden. Die Kommission will nicht ein Monopol gründen, sondern nur ihr Material der englischen Regierung anbieten zwecks Verwendung in den englischen industriellen Betrieben.

Die Engländer meinen, es wäre nun endgültig vorbei mit der Ueberlegenheit der deutschen Farbstoffindustrie. Die in den vorangegangenen drei Kriegsjahren mit viel finanziellen Opfern in England unternommenen Versuche der Begründung einer leistungsfähigen Farbstoffindustrie haben bisher den erhofften Erfolg nicht gehabt. Die englische Regierung hat sich darum nicht gegeben, mit den Interessierten einen gemeinschaftlichen Diebstahl in Szene zu setzen und sich dessen nachher noch öffentlich zu rühmen; aber auch das wird kaum zum Erfolg führen, denn die deutsche Ueberlegenheit in der Farbenherstellung hängt nicht von bestimmten geheimen Rezepten ab, die man nur zu stehlen braucht, um dann ebenso gute Farben herzustellen. Wer die Entwicklung der deutschen Farbstoffindustrie kennt, der weiß, daß sie ihre gegenwärtige Bedeutung nur erkant hat auf Grund jahrzehntelanger mühevoller Arbeit, die in den verschiedensten Anlagen im Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Industrie stattgefunden haben.

#### 34 Jahre im Betriebe — im Betriebe unbekannt.

Eines Tages, im Anfang Januar d. J., kehrte der 54jährige Arbeiter Lorenz Vogel nicht zur gewohnten Stunde von der Arbeit aus den Höfener Farbwerten, wo er seit 34 Jahren tätig war, nach Hause. Seine Angehörigen sorgten sich vorerst nicht um ihn, da sie meinten, er müsse noch eine zweite Schicht durcharbeiten. Der Morgen des andern Tages kam, doch Vogel blieb immer noch aus. Endlich wurden die Angehörigen bejorgt, sie gingen nach den Farbwerten und erkundigten sich nach dem Verbleib des Ernährers. Hier wurde ihnen ganz kühl die Antwort gegeben: „Der ist gestern am Krämpfen gestorben.“ Die Angehörigen waren über die Tatsache, daß die Farbwerteleitung ihnen von dem Tode nicht einmal Mitteilung gemacht hatte, empört, und die „Frankfurter Volksstimme“ gab die entsprechende Äußerung. Zugleich gab sie dem Zweifel daran ausserordentlich, daß der sonst gesunde, kräftige Arbeiter so plötzlich am Krämpfen gestorben sein kann und müßte daran die Vermutung, daß vielleicht ein Unfall vorliege. Darauf schrieb der Fabrikinspektor (?) der Farbwerte dem Blatte folgendes:

„Der betreffende Arbeiter wurde abends auf der Landstraße an der Fabrik gefunden. Es konnte zunächst nicht festgestellt werden, wer er war und ob er überhaupt zu den Arbeitern der Farbwerte gehört. Erst dadurch, daß am andern Morgen seine Tochter sich nach ihrem Vater in der Fabrik erkundigte, wurde die Persönlichkeit des Verstorbenen ermittelt.“

Also der Arbeiter war seit 34 Jahren im Betriebe tätig, und doch kam man im Werke nicht feststellen, wer er ist und ob er überhaupt zur Arbeiterschaft der Farbwerte gehört. Sonderbar! Und da freuen die Unternehmer immer noch, wenn wir einmal feststellen, daß im Zeitalter des kapitalistischen Großbetriebes die persönlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeiterkraft ausgeblieben sind.

#### Papier-Industrie

##### Prämienystem und Maschinenpflege.

Das Prämienystem hat in der Papiererzeugungsindustrie Bürgerrecht erlangt; es ist, nach Ansicht der Papierfabrikanten, zu einer technischen Notwendigkeit geworden. Ohne dieses System glauben die Unternehmer und ihre Betriebsleiter die Arbeitskraft

#### Deutschlands Petroleum- und Benzin-Versorgung während und nach dem Kriege.

II.

In Ostpreußen und Rumänien arbeitet in der Petroleumindustrie ein kleiner Teil des deutschen Kapitals, zum größten Teil in Händen ausländischer Kapitalisten. Das Aufstehen dieser Unternehmen hat sehr lange, viel schwieriger als sonst, dazu geführt, die ersten Jahre von 1910 bis 1914 wurden nicht produziert, gegen jeden neuen Versuch über die Lieferung von Petroleum zu tun, damit sich das Verstehen in die internationale Welt. Das deutsche Kapital hat es sich auch, daß es die einzige amerikanische Petroleumgesellschaft in Ostpreußen lange Zeit in die Hände ausländischer Kapitalisten der Petrochemie in Ostpreußen, während sie in 1914 bis 1916 fast ganz in die Hände amerikanischer Kapitalisten übergegangen ist. Die amerikanische Petroleumgesellschaft in Ostpreußen hat während der letzten Jahre des Krieges auf den Ölmarkt den deutschen Markt zu gewinnen. Trotzdem wurde das Erdöl gegenüber der amerikanischen Konkurrenz nicht in der Höhe von 1 bis 2 Pf. Erdöl für den Liter abgegeben.

Die russische Petroleumversorgung betrug vor dem Kriege jährlich etwa 2 Millionen Tonnen, im Jahr 1914 nur 1,8, im folgenden Jahre auf 1,7 und schließlich im Jahre 1916 auf 1,4 Millionen Tonnen. Der Grund dieses Rückgangs liegt darin, daß man in Rumänien gleich nach Kriegsausbruch die Petroleumproduktion einstellte. Die Investitionen, welche die Engländer in russischen Petroleumgewinnung vor dem Kriege durchzuführen hatten, sind untergeordnet für die deutsche Erdölversorgung zum Schaden des gesamten Landes in geringer Weise gewesen. Es lag lange Jahre in russischen Petroleumgewinnung über den Weltmarkt und Rumänien wieder in Betrieb zu nehmen. Eine Erzeugungsbewegung Rumänien gegen uns haben ebenfalls die Engländer gesehen, was beweist, daß der russische Petroleummarkt über den Weltmarkt durch ein neues russisches Unternehmen in der Lage zu sein, was auch die Petrochemie Rumänien in der Lage hat, die russischen Erdölproduktion zu steigern. Die deutschen in Rumänien und Ostpreußen wieder angelegte Petroleuminvestitionen hat nun der von den Engländern bei ihrer Rückkehr nach Rumänien für die russische Petroleumindustrie gegeben. Die russischen Erdölproduktionen hätten nicht. In Rumänien haben wir auch

wichtige jungfräuliche Gebiete der Erde erschlossen, die auf ähnlichem Grund und Boden liegen.

Zu diesem Zweck hat die rumänische Regierung keine Großzügigkeit in ihrer Petrochemie erweisen lassen. Die Deutsche Bank hat zuerst versucht, das rumänische Erdöl in der Welt zu verkaufen. Demals mußte sie das allgemeine Interesse eintragen werden, dieses Petroleum rasch und stark. Nachdem im Laufe des Weltkrieges die amerikanischen Erdölproduktionen zurückgegangen, hat sich das rumänische Erdöl leicht und schnell in der Welt verkaufen lassen, wenn nicht die deutsche Regierung schon damals ihre Hauptaufgabe darin gesehen hätte, die Interessen der Entente zu fördern. So gelang es Rumänien bereits 1914 die deutschen Petrochemieunternehmen, an jenen Erdöl spezialverträge herzustellen. Dies mußte so geschehen, daß keinerlei weitere Verhandlung auf dem Wege möglich war. Man würde nämlich niemals die Entente, daß Deutschland aus dem russischen Erdölmarkt noch Benzol gewinnen konnte. Wenn dieses auch möglich wäre, so ist doch eine solche Verhandlung bei uns zu verweigern worden. Das Erdöl spezialverträge ließe sich durch diese Verhandlung nicht mehr zu.

Von anderen Ländern, die Erdölvorkommen ausweisen, verdient wieder die indische Erdölvorkommen besondere Erwähnung, weil es in verhältnismäßig stark konzentriertes Öl gelöst ist.

Aus diesen Aussagen heraus hat Regilio eine rechte beachtenswerte Erdölversorgung erreicht. Während im Jahre 1908 etwa 0,5 Millionen Tonnen gewonnen wurden, ist diese Ausbeute 4 Jahre später auf 2,5, im Jahre 1915 auf 3,6 und im Jahre 1916 sogar auf 5 Millionen Tonnen. Für die Versorgung des deutschen Marktes mit petroleumischen Produkten ist es das einzige der Welt, was genügend. Es kommt hinzu, daß Deutschland überhaupt etwas weniger zu verweigern ist, als andere Länder. Insgesamt dürfte die indische Erdölvorkommen eine große Zukunft haben, so daß vermutlich diese Produktion bald mit der russischen in der nächsten Zukunft in der Weltproduktion kämpfen wird. Ein großer Teil des indischen Erdölmittels liegt in den Händen der Amerikaner und Engländer.

Neben dem Petroleumvorkommen von Britisch-Indien verdient Japan's Petroleumgewinnung Erwähnung. Diese beträgt zur Zeit etwa 0,5 Millionen Tonnen und wird von dem japanischen Petroleumunternehmen erreicht.

Deutschland hat zwei Petroleumgebiete: Ostpreußen (Petroleum) und Rumänien (Benzol). Die Weltproduktion an Petroleum macht zur Zeit etwa 69 Millionen Tonnen aus, während sie vor 10 Jahren erst 30 Millionen Tonnen betrug. In der Vergangenheit war für die Petrochemieunternehmen hauptsächlich das Erdöl von Bedeutung. Erst im Jahre dieses Jahres werden immer mehr und mehr die wichtigsten Öle zur Be-

deutung, namentlich mit der Entwicklung des Automobilwesens wurde das Benzol von großer Wichtigkeit, dann Gas- und Treiböle für die Erdölverwertungsindustrien.

Die Verwendung des Petroleum als Kesselöl erforderte vor Kriegsausbruch in England und Deutschland durchschnittlich 12 bis 13 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. In Frankreich stellen sich diese Zahlen auf 8 Kilogramm, was sich durch die hohen Petroleumabgaben erklärt. Holland, Belgien und Norwegen hatten doppelt so hohen Petroleumverbrauch, wobei der Bedarf der Fischer an Erdöl eine Erklärung gibt.

Der Krieg hat eine gewaltige Entwicklung in der Bewertung des Erdöls gebracht. Deutscherseits sind auch die Petroleumpreise gestiegen. So werden zur Zeit diejenigen der deutschen Erdölgesellschaft auf das Hundsfache gegenüber der ersten Erdölgesellschaft bewertet, repräsentieren also jetzt einen Wert von etwa 150 Millionen Mark. Die rumänische Erdölvorkommen, in der deutschen Kapital vorerfüllt, wird jetzt von der Börse mit etwa 250 Millionen Mark bewertet. Auch die geologischen Bewertungen sind dementsprechend gestiegen.

Die Entwicklung ist übrigens darum bemerkenswert, weil sich ursprünglich das deutsche Kapital bei der Erdölverwertung der Petroleumvorkommen viel zurückhaltender gezeigt hat, den Finanzleuten und der Industrie nur sehr zaghaft und spät gefolgt ist. Auf diesem Gebiet ist man der deutschen Führung z. B. in der Ostpreußen viel eher gefolgt. Andererseits kann damit gerechnet werden, daß bei dem derzeitigen Stande der Petroleumgewinnung und -verwertung der Zukunft dank der deutschen Technik und anderer Organisationsleistungen eine recht gute sein dürfte.

In der geologischen Erörterung und Verarbeitung von Erdöl sind neue Wege eingeschlagen worden. Die Arbeiten von deutschen Gelehrten haben auf diesem Gebiet bereits beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Amerikaner haben z. B. lange Zeit außerordentlich primitiv gearbeitet und erst dann die wissenschaftliche Forschung zu schätzen gelernt, nachdem sie gesehen hatten, welche Vorteile man mit ihrer Hilfe in Deutschland erreicht hat. Die Erdgas-Industrie, die jetzt in größerem Maße in Amerika Bedeutung gewinnt, liefert ein auf ähnlichem Wege entstandenes Produkt wie das Petroleum. Auch hier hat deutsches Kapital eine neue Entwicklung in die Wege geleitet. Das Erdgasvorkommen, das dort erschlossen wird, ist auf 60 bis 80 Milliarden Kubikmeter geschätzt worden, entspricht also der gleichen Milliardenzahl Kilowattstunden über 60 bis 80 Millionen Tonnen Petroleumwert. Man gerät an die neue chemische Reicheit. Nach Lieferung der amerikanischen Industrie wird das Produkt, falls die Verhältnisse günstig sind, wahrscheinlich nach ein Ausfuhrartikel. Die Ausfuhr wie auch unsere Petrochemieindustrie sind jedenfalls nach einem Vortrag des Herrn von Staub, Direktors der Deutschen Bank, durchaus gute. F. W. Gumpert.



der Maschinen und der Bedienungsmannschaften nicht rationell genug auszunutzen zu können. Da fast allgemein die Arbeiter auf die Prämienzahlung keinen rechtlichen Anspruch haben, dieselbe vielmehr von den Unternehmern als eine Sondervergünstigung in den Arbeitsordnungen festgelegt wird, obwohl sie tatsächlich einen Teil des Arbeitsverdienstes der Arbeiter bildet, so wird dieselbe zu einer Festschneidung mit der der Unternehmer und ihre Süßlinge die mißliebigen Arbeiter züchtigen können. Ganz abgesehen davon, daß nur in den wenigsten Betrieben die Arbeiter von der Berechnungsart Kenntnis haben, wird bei jeder Verringerung der Prämienzahlung mit Kürzung oder Entzug der Prämien Gelder gedroht. Bisher wurde diese Tatsache von den Unternehmern entschieden in Abrede gestellt, trotzdem in ihrem kaufmännischen Leitfaden, dem Buche: „Kaufmännisches für Papiermacher“ dieser Grundsatze ausdrücklich festgestellt ist. In diesem Buche heißt es unter dem Absatze: „Zuschüsse“ folgendermaßen:

„Ein Gewinn, der einem in sicherer Aussicht steht, über den man als ein Recht beanspruchen kann, ist kein für jedermann genügender Ansporn zu voller Pflächterleistung. Erst wenn für besondere Leistung besonderer Lohn winkt, reizt dies die meisten zur Ergabe aller Kräfte, besonders wenn die Gefahr besteht, daß der in Aussicht stehende Gewinn verloren gehen kann. Deshalb werden in vielen Papierfabriken an Meister und Arbeiter, und zwar meistens für Erhöhung der Erzeugung, Zuschüsse (Prämien) gezahlt. Jedoch hat das Streben nach immer höherer Erzeugung leicht mehr Ausschuss und übermäßigen Verbrauch an Seiden und Filzen zur Folge. Neben dem Ausschuss für die Erhöhung der Erzeugung sollten deshalb ein Spannungszuschuss und ein Zuschuss für Verringerung des Ausschusses eingeführt werden, damit bei Erhöhung der Spannungsfäden und der Ausschussmenge ein Abzug von der Erzeugungsmenge erfolgt.“

In diesem Absatze wird also klipp und klar ausgedrückt, daß die Prämie nur ein Mittel zur vollständigen Auspumpung der Arbeitskräfte sein soll, und daß die Unternehmer ihren Arbeitern ja keinen rechtlichen Anspruch auf die Prämienzahlung gewähren sollen. Ebenso dringend wird dann den Unternehmern die Prämienzahlung empfohlen, und zwar unter dem schönklingenden Namen Spannungszuschuss und Zuschuss für Verringerung des Ausschusses. Es ist wirklich eine recht bezeichnende Eigenart unfreier Papiermacher, Abzüge in Zuschüsse umzuwandeln. Auf jeden Fall bestätigt der kaufmännische Leitfaden für Papiermacher unsere Ansicht, daß das Prämienentlohnungssystem die niederträchtigste Lohnverrechnungsart darstellt, die ein Menschenhirn erfinden konnte.

Dieses Lohnsystem führt aber nicht nur zur Vernichtung der menschlichen Arbeitskräfte, sondern auch zur Vernachlässigung der Maschinen. Selbst bei dem besten Willen ist es der Arbeiterkraft nicht möglich, den Fabrikationsprozeß genügend zu überwachen, wenn sie die Produktionswut des Unternehmers und ihrer Vorgesetzten, die durch Mitbeteiligung am Prämienystem zu ausgesprochenen Antreiber werden, befriedigen will. Für die Arbeiterkraft bedeutet das Prämienystem den Ruin der Gesundheit und die Erhöhung der Unfallgefahren. Der Unternehmer aber bekommt in den meisten Fällen ein mangelhaftes Erzeugnis geliefert, das oftmals zur Beanstandung durch den Papierverbraucher führt und dadurch den Anlaß zu Differenzen zwischen der Arbeiterkraft und dem Unternehmer und seinen Trabanten gibt. Der Unternehmer sucht sich dann für die Preisverluste, die er seinem Abnehmer für die beanstandete Ware genehmigen mußte, dadurch schadlos zu halten, daß er der Arbeiterkraft die Prämien entzieht oder für eine gewisse Zeit ganz entzieht. In solchen Fällen haben dann die Arbeiter nicht nur ihre Arbeitskraft unnütz vergeudet, sondern sie werden auch noch um die erhofften Prämien Gelder geprellt, die, wie schon ausgeführt, als ein Teil ihres Arbeitsverdienstes angesehen werden müssen.

Leider haben sich bisher nicht nur die Unternehmer, sondern auch viele Arbeiter von der Schädlichkeit dieses Lohnsystems noch nicht überzeugen lassen. Immer noch gibt es Arbeiter, die es unterlassen, an Stelle der Prämien Gelder ausreichende Löhne zu fordern, die in ihrer Mutilklosigkeit diesem verwerflichen Lohnsystem immer noch Leben und Gesundheit opfern, die sich durch diese Entlohnungsart von den Unternehmern und deren Angestellten immer noch schikanieren und peitschen lassen.

Oben wurde schon gesagt, daß durch das Prämienystem auch die Wartung und Pflege der Maschinen empfindlich leidet, was dann zu einer frühzeitigen Abnutzung der Maschinen und zu unliebsamen Betriebsstörungen führt. Leider gibt es noch zahlreiche Unternehmer und Betriebsleiter, die in ihrer Produktionswut dieser Tatsache zu wenig Aufmerksamkeit schenken, die lustig darauf loswursteln, solange die Maschine noch umgeht, und die dann mit Donnerwetter auf die Unfähigkeit der Bedienungsmannschaften schimpfen, wenn die Karre tatsächlich im Dreie stecken bleibt. Diesen Produktionswüttern sei das Urteil eines ihrer Kollegen unter die Nase gehalten, der in Nr. 36 des „W. f. P.“ unter dem Titel „Maschinenpflege“ über die Schädlichkeit der Akford- und Prämienysteme für die Erhaltung der Maschinen schreibt:

„Wie peinlich und unangenehm sollte es doch jeden Meister oder Leiter betreffen, wenn der ihm unterstellte Schlosser anlässlich einer entstandenen Reparatur an einer Maschine an dieser erst den Schmutz, Öl und Schmiere von einem halben Jahre entfernen muß, um die einzelnen Maschinenteile untereinander und den betreffenden Schaden feststellen zu können. In vielen Betrieben ist wohl hierbei das eingeleitete Akford- und Prämienystem mit schuld, aber jeder Betriebsbeamte muß im Interesse der Erhaltung der Maschinen und ihrer ordnungsmäßigen Betriebsfähigkeit und Betriebsfähigkeit darauf dringen, daß die Maschinen in dem ihm unterstellten Betriebe von Zeit zu Zeit, gewöhnlich in jedem Sonnabend üblich, gründlich gereinigt werden, da der Spruch: „Gut gehalten, hält sich gut“, nirgends mehr zutrifft als hier. Wo bei Akford- oder Prämienarbeitern dem Bedienungspersonal der Maschinen nur schwer die nötige freie Zeit zur Maschinenreinigung frei wird, sollte man einschrittsweltweise entweder eine Hilfsperson für diese Arbeit ab und zu bestellen oder nach Arbeitsbeginn in Regie ausführen lassen. Viele Vorgesetzte gehen hier gegenüber ihren Leuten mit einer zu starken Beanspruchung bzw. zu großen Härte vor, welche aber dem Geschäft nur zum Schaden gereicht.“

Die Forderung, daß Reinigen der Maschinen im Lohn auszuführen, können auch wir nur unterstützen, doch müssen dann die Maschinen so frühzeitig abgestellt werden, daß der Arbeiterkraft auch die Gelegenheit zu einer gründlichen Reinigung geboten wird. Nach der bisher allgemein üblichen Praxis, die Maschinen Sonntags morgens um 5 oder 6 Uhr, oftmals auch noch später, abzustellen, bleibt dazu keine Zeit, da gewöhnlich noch Fäße und Siebe eingegeben und andre Reparaturen ausgeführt werden müssen. Es ist doch wohl selbstverständlich, daß die Arbeiterkraft nach zwölfstündiger Schicht der Reinigung der Maschinen die nötige Aufmerksamkeit nicht mehr schenken kann, weil die geistig und körperlich ermüdeten Arbeiter sich nach Ruhe sehnen. Aber auch eine zeitweise angestellte Hilfskraft ist nicht in der Lage, für eine gründliche

Reinigung der Maschinen Sorge zu tragen, wenn diese nicht frühzeitig abgestellt werden. Die Maschinen aber während des Laufes ordentlich zu reinigen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Aus diesen Gründen sollten die Unternehmer ihre „große Knickerigkeit“ aufgeben und die Maschinen mehrere Stunden vor dem üblichen Arbeitschluß abstellen lassen. Einsichtige Unternehmer mühten sich sogar dazu verstehen können, die letzte Schicht in der Woche nur zu Reinigungs- und Reparaturarbeiten anzusetzen, damit diese Arbeiter sachlich und gründlich geschehen können, und damit die Arbeiter mindestens nach Schluß der üblichen Arbeitszeit ihre Arbeitsstellen verlassen können. Zu diesen Unternehmern können allerdings jene Fabrikanten und Betriebsleiter nicht gezählt werden, die in ihrer ausgeprägten Produktionswut mit Hilfe eines verwerflichen Akford- und Prämienystems die Maschinen am allerliebsten überhaupt nicht abstellen lassen würden. Sache der Arbeiterkraft muß es sein, an Stelle der Akford- und Prämienysteme ein einwandfreies Lohnsystem zu setzen. Das sind sie schon ihrer Gesundheit und ihrer Familie, für deren Wohlergehen sie mitzuführen haben, schuldig. Den Unternehmern kann aber nur dringend geraten werden, dieser Arbeiterforderung zuzustimmen, dann werden sie nicht nur ein einwandfreies Erzeugnis erhalten, sondern auch die Lebensdauer ihrer Maschinen damit verlängern. G. St.

### Caribewegung in Schweden.

Nach Mitteilungen der „Papiertzeitung“ trat am 1. Januar 1918 für die Papierfabriken Schwedens ein zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation vereinbarter Tarifvertrag in Kraft, nach dem die Löhne durchschnittlich um eine Krone pro Tag und Arbeiter erhöht wurden. Außerdem wurden folgende monatliche Zulagen ausbezahlt: verheiratete Arbeiter 22 Kronen, ledige Arbeiter 14 Kronen, verheiratete Arbeiterinnen 15 Kronen, ledige Arbeiterinnen 10 Kronen.

### Keramische Industrie

#### Kapital und Arbeit in der oberschlesischen Zementindustrie.

II.

Die Gesundheitschädlichkeit der Arbeit in den Zementfabriken beruht überwiegend auf den bei der Fabrikation des Zements sich bildenden feinen Staubteilchen. Besonders schädlich ist für die Arbeiter die Beschäftigung in denjenigen Zementfabriken, wo die Herstellung des Zements nach dem Trockenverfahren geschieht, wodurch die Staubentwicklung begünstigt wird, die zahlreiche Erkrankungen der Atmungsorgane zur Folge hat.

Alle oberschlesischen Zementfabriken bis auf eine arbeiten eben nach dem gesundheitschädlichen Trockenverfahren. Berücksichtigt man noch dazu, daß auch die sonstigen Arbeitsbedingungen, wie oben geschildert, im allgemeinen schlimmer sind, als in den andern preussischen Regierungsbezirken, daß die niedrigen Löhne die Ernährungsweise der oberschlesischen Arbeiter beeinträchtigen, wodurch ihr Körper weniger widerstandsfähig gegen allerlei Erkrankungen ist, so ist es klar, daß die Folge aller dieser ungünstigen Momente notgedrungen sich in hoher Zahl der Erkrankungen äußert. Die statistischen Nachweisungen des Doppelner Gewerbeaufsichtsbeamten bestätigen das auch vollumfänglich.

Es stellt sich nämlich heraus, daß in dem dreijährigen Zeitraum 1908—1910 die gesundheitlichen Verhältnisse derjenigen oberschlesischen Zementfabriken, die Betriebskrankenkassen besitzen, wie folgt waren:

	1908	1909	1910
Zahl der Versicherten	3 125	2 680	2 749
Zahl der Erkrankungsfälle	1 687	1 300	1 363
Zahl der Erkrankungsstage	26 710	20 677	22 079
auf 100 Versicherte waren Erkrankungsfälle	53,98	48,50	49,55
auf 100 Versicherte waren Erkrankungsstage	864	771	803

Im Durchschnitt der dreijährigen Periode waren auf je 100 der in den Fabrik-Krankenkassen Versicherten 51 (genau 50,8) Erkrankungsstage, d. h. über die Hälfte. Diese hohe Ziffer der Erkrankungsstage zeigt uns allein am besten, wie ungünstig die Gesundheitsverhältnisse in den oberschlesischen Zementwerken vor dem Kriege waren. Andererseits ergibt sich, daß in dem gleichen dreijährigen Zeitraum durchschnittlich auf je 100 Versicherte 81,2 Krankheitsstage, d. h. rund 8 Erkrankungsstage auf jeden Versicherten entfallen sind. Das Entgegengesetzte dieser schauerhaften Gesundheitsverhältnisse in den oberschlesischen Zementfabriken springt insbesondere ins Auge, wenn wir ihnen die entsprechenden Ziffern für ganz Preußen gegenüberstellen. In den Zementfabriken ganz Preußens, in denen die Arbeiter in den Fabrik-Krankenkassen versichert waren, waren durchschnittlich auf je 100 Versicherte Erkrankungsstage und Erkrankungsstage in den einzelnen Jahren:

	1908	1909	1910
Erkrankungsstage	36,45	32,00	32,33
Erkrankungsstage	591	523	504

d. h. durchschnittlich in dem dreijährigen Zeitraum 33,6 Prozent Erkrankungsstage und 543 Erkrankungsstage. Das Gegenüberstellen der beiden Zahlen spricht deutlich zu ungunsten Oberschlesiens!

Nach dem Bericht des Doppelner Gewerbeaufsichtsbeamten entfällt ein großer Teil der Erkrankungen der Atmungsorgane auf die in den Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter, die den Unbilden der Witterung in erhöhtem Maße ausgesetzt sind. In einzelnen Fällen — sagt er — wurde beobachtet, daß Steinbrüchler sich krank meldebten, um bei schlechtem Wetter der Arbeit im Freien für einige Zeit entzogen zu sein. Im Durchschnitt der Jahre 1908 bis 1910 entfallen auf 3400 Arbeiter 20 Fälle von Erkrankungen an Lungentuberkulose mit 900 Krankheitsstagen. In diesem Zeitraum starben insgesamt 84 Zementarbeiter, davon 14 an Lungentuberkulose. Von diesen 14 Arbeitern waren 6 an der Herstellung des Zements beteiligt. 3 an Lungentuberkulose Gestorbene sind schon krank in die Arbeit getreten. Wenn auch andre außerhalb der Fabrikmauern liegende Ursachen mitgewirkt haben können, so gibt es doch zu denken, daß von diesen 6 Todesfällen sich 5 in den älteren, mit Schachtöfen arbeitenden Fabriken ereigneten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die unvollkommenen Einrichtungen dieser älteren Anlagen zu den tödlichen Erkrankungen an Lungentuberkulose mit beigetragen haben.“

Diese vorsichtige Feststellung bietet uns den Hinweis, wo die Ursachen der schlechten gesundheitlichen Verhältnisse der oberschlesischen Zementfabriken zu suchen sind: sie sind unvollkommen eingerichtet, da das Kapital zu Ausgaben für vollkommene Einrichtungen nicht zu haben ist. Der höheren Kapitalzins wegen können die Arbeiter vorzeitig dahinsiechen und zugrunde gehen. Um so mehr winkt ihnen dieses Los, weil sie gewerkschaftlich unorganisiert dastehen.

In den einzelnen oberschlesischen Zementfabriken gab es in der dreijährigen Periode 1908—1910 durchschnittlich auf je 100 Versicherte Erkrankungsstage und -tage:

In der Anlage	Erkrankungsstage	Erkrankungstage
A	74,9	872
B	68,3	1209
C	43,9	822
D	49,6	830
E	35,8	515
F	51,9	876
G	25,4	463
H	35,4	767
Insgesamt	50,8	812

Durch besonders schlechte Gesundheitsverhältnisse zeichneten sich die ersten beiden Anlagen aus. In der Zementfabrik A. erkrankten drei Viertel aller versicherten Arbeiter, im Zementwerk B. über zwei Drittel, wobei hier auf jeden Versicherten durchschnittlich 12 Krankheitsstage gekommen sind.

Die obigen Darlegungen liefern den genügenden Beweis, daß die Arbeitsbedingungen in der oberschlesischen Zementindustrie in jeglicher Beziehung sehr schlechte sind. Eine Besserung kann nur durch starke gewerkschaftliche Organisation herbeigeführt werden. Die oberschlesischen Zementarbeiter müssen hinein in den Zentralverband der Fabrikarbeiter, ihre zuständige gewerkschaftliche Organisation, wenn sie dieses Ziel erreichen wollen. Einen andern Weg gibt es nicht. Rattowitz (D.-S.).

### Neuregelung der Schwerarbeiterzulagen.

Am 1. Januar 1918 sind neue Richtlinien für die Bemessung der Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter in Kraft getreten. Danach sollen die Betriebe nicht mehr direkt von den Reichsstellen beliefert werden, sondern die Lebensmittel fließen dem Kommunalverband zu, in dem das Werk seinen Sitz hat. Die Grundlage für die Überberechtigung bilden die Angaben der Kommunalverbände über die Anzahl der in ihrem Bezirk vorhandenen Zulageberechtigten (getrennt nach Schwer- und Schwerstararbeitern, unter letzteren wieder besonders die Bergarbeiter unter Tage) und die vom Kriegsanfang an in der Rüstungsindustrie tätigen bezeichnenden Werte. Den Kommunalverbänden ist für die Unterberechtigung freiere Hand gelassen; innerhalb eines gewissen Rahmens können sie die Zulagen je nach Schwere der Arbeit an die Zulageberechtigten nach ihrem Ermessen festsetzen.

Die Zulage an Brot z. B. muß sich für die Schwerarbeiter in den Grenzen von 15 bis 40 Prozent Grundration halten; für Schwerstarbeiter von 40 bis 80 Prozent; Fleisch 20 bis 40 Proz. An Fett sollen auf jeden Schwerarbeiter mindestens 100 Gramm möglichst entfallen, die Höhe der Zulage an Schwerarbeiter ist freigestellt. Den bisher als zur Rüstungsindustrie gehörig anerkannten Werken muß, soweit dort Massenleistungen eingerichtet sind, eine Fettmenge von 40 Gramm für jeden Teilnehmer wöchentlich zuteil werden. In Karlsruhe erfolgt eine Zulage von Reichs wegen nicht mehr, doch ist es den Kommunalverbänden überlassen, den Wochensatz innerhalb der zugewiesenen Gesamtmenge unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung oder nach Altersstufen oder nach sonstigen Gesichtspunkten (wie auf Kosten der Gesamtverbraucher) verschieden zu bemessen. Die Begrenzung der Spannweite für die Zulagen der einzelnen Lebensmittel ist so weit gelockert, daß für die Kommunalverbände, denen nach Anhörung der Arbeiterausschüsse die Unterbreitung in Schwer- und Schwerstarbeiter überlassen bleibt, weitestgehende Bewegungsfreiheit bei der Zulage zu den einzelnen Arbeiterkategorien besteht. Doch hat zur unabweisenden Feststellung der Schwerstarbeiter das Kriegsernährungsamt eine neue Liste aufgestellt, die für das ganze Reich maßgebend ist und den Kommunalverbänden als Richtlinien zu dienen hat. Die Begrenzung des Begriffs Schwerarbeiter hingegen ist den Kommunalverbänden nach Anhörung der Ausschüsse überlassen. Der Begriff „Rüstungsarbeiter“ ist für die Unterberechtigung festgelegt. Nach der neuen Liste gelten als Schwerstarbeiter:

1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Jahrbauer, Steiger, Führer, Wetter- und Obersteiger), soweit sie unter Tage beschäftigt sind.
2. Die an den Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten und wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Bricketfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie der Einwirkung der Gase, des Rauches und der Hitze der Öfen unmittelbar ausgesetzt sind.
3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere a) von den Arbeitern an den Hochofen: Erz- und Koksarbeiter, Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter sowie Gießereiarbeiter und Arbeiter bei den Windrohren; b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Generatoren, Kondensern, Maritinnen, Ziegeln und Elektrohilfsmaschinen; ferner Gießereiarbeiter und Warmwasserarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Warmwassergruben; c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Presswerken: Walzer und Arbeiter an Schwelz-, Warm- und Glühöfen, Arbeiter an Hämmern, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Säheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten; d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die den unter 3 aufgeführten Arbeiterkategorien entsprechen, insbesondere Arbeiter an Presse-, Warm- und Glühöfen sowie in der Harterei und Vergüterei.
5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, sowie in ihrer Arbeit der unter 3 aufgeführten Arbeitergruppen gleich; dies letztere in Zinkhüttenfabriken.
6. In Fall- und Dolomitbrennereien, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steingut-, Steingutfabriken, Ziegeln und Fabrikanten feuerfester Produkte, einschließlich Hüttenwerke) und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten: Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinindustrie sowie in Eisenhütten, Brückenbauanstalten und Schiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen: Eisen- und Hammerleute, Schmiede, Keilschmiede, Warmwerker und Beizer für schwere Gegenstände.
8. Von den Arbeitern der gemischten und Sprengprojektorindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
9. Kesselheizer im Bergbau und in den vorgenannten Industrien mit Ausnahme solcher Beizer, die eine Gasheizung oder eine Heizung mit mechanischer Befehdung bedienen. Die Kesselheizer und Kesselwärmer der letzteren Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme.
10. Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.



11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven, Maschinen- und Heizpersonal der See- und Binnenschifffahrt.

Allgemeine Bemerkungen:

- 1. Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln.
2. Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

Die Caesarbeit eines Schlichtungs-Ausschusses.

Vor dem Schlichtungs-Ausschuss in Celle fand am 16. d. M. eine Verhandlung gegen die Pulver- und Sprengstoff-Fabrik Wolff u. Co. in Walsrode-Womlig wegen Lohnforderungen der Arbeiterschaft statt. Auf Beschluss der Arbeiterschaft stellte der Arbeiter-Ausschuss am 20. August 1917 bei der Firma den Antrag auf Erhöhung des Grundlohnes pro Schicht von 7 auf 10 M. für männliche und von 4,25 auf 7 M. für weibliche Arbeiter.

Der Arbeiter-Ausschuss hatte zur Vertretung seiner Eingabe vor dem Schlichtungs-Ausschuss keine Mitglieder Woblers, Lustig und Conrad beauftragt. Der Vorsitzende des Schlichtungs-Ausschusses ließ dem letzten keine Ladung zu gehen, zog dafür aber eine Frau mit heran, die als Stellvertreterin in den Ausschuss gewählt worden ist.

Das Urteil des Schlichtungs-Ausschusses war: Der Antrag der Arbeiterschaft auf Erhöhung der Grundlöhne wird für unbegründet erklärt, da es sich um die höchsten Löhne im Bezirk handelt.

Berichte aus den Zeitstellen.

Breslau. Am Sonntag, dem 13. Januar, hielt die Zahlstelle Breslau die Jahresversammlung ab. Die Versammlung war sehr gut besucht.

Sommer gab Kollege Großmann den Tages- und Wochenbericht für das Jahr 1917. Dem am Schluss des Jahres 1916 die Hoffnung von der Vermeidung des Krieges gegeben wurde, ist das Jahr 1917 ein Jahr des Kampfes geworden.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich im Berichtsjahre wie folgt:

Table with columns: Zugang (männl., weibl., Summe), Abgang (männl., weibl., Summe). Total members: 1177.

Wir haben also 1177 Mitglieder mehr gewonnen als verloren. Es muß hervorgehoben werden, daß ein wesentlicher Teil dieser Neuzugänge auf die Hausagitation entfällt, die wir vom 4. Quartal an regelmäßig betrieben haben.

In der Aussprache wurden die Maßnahmen und die Tätigkeit der Ortsverwaltung und Verbandsleitung gutgeheißen. Von den in der Generalversammlung gefassten Beschlüssen heben wir folgende hervor:

Garburg. Eine Versammlung der Fraktionäre der Zahlstelle befaßte sich am 8. Januar mit den Beschlüssen der Verbandsversammlung.

In der Aussprache erklärte man sich mit den Beschlüssen der Verbandsversammlung einverstanden, auch mit der Beitragserhöhung, die unbedingt notwendig ist.

Am 11. Januar fand eine Mitgliederberatsammlung statt, in der Kollege Adler Bericht vom Verbandsstag erstattete.

Köln. Einleitungsberhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Anträge auf Lohnerhöhung. Am 4. Januar beschäftigte sich der Schlichtungsausschuss zu Köln mit einem Antrage des Arbeiterausschusses.

Die Verhandlung der Eignungskriterien hat bei der Regelung einer solchen Angelegenheit im Wege stehen und beweist, daß erst mehrere Zusagen zu den Anträgen Stellung genommen hätten.

Festlegung der heute gezahlten Löhne als Mindestlöhne. Der Schlichtungsausschuss bestimmt den Parteien eine Frist von 14 Tagen zur Erklärung, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Arbeiterschaft hat sich am 18. d. M. mit dem Urteil beschäftigt und beschlossen, unter Berücksichtigung der gemachten Zugeständnisse sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Verbandsnachrichten.

Blauere Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat Januar müssen bis zum 4. Februar in Hannover sein, damit das Ergebnis der Statistik bis zum 8. Februar an das Statistische Amt nach Berlin gesandt werden kann.

Die grauen Monatskarten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Zahlstellen, die keine blauen Karten mehr in ihrem Besitz haben, wollen solche beim Vorstand bestellen.

Vom 15. Januar 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Marienlein 3,20. Kupperweg 450,24. Halle a. S. 52,45. St. Ingbert 360,59. M. Gladbach 14,99. Borne 8,33. Walsum 4,88. Bramsche 15,00. Deitrich 511,60. Gernsheim 309,47. Brudmühl 83,49. Parchim 26,24. Straubing 138,63. Wiesbach 101,34. Habelberg 55,18. Dommitzsch 51,00. Wernigerode 33,00. Neustadt i. S. 9,66. Wipfeld 1,00. Binzen 10 675,50. Eisenberg (Pfl.) 459,14. Ebingen 337,75. Altwasser 191,33. Großenhain 135,73. Ochersleben 105,10. Ramenz 23,11. Langenluka 18,55. Lübeck 3295,60. Bries 1403,34. Regensburg 864,92. D. R. 339,28. Landshut 248,05. Schöningen 229,81. Frankfurt a. D. 137,74. Sommerfeld N.-L. 129,09. Rottenburg a. T. 44,12. Lriebs 24,79. Wittenstein 24,00. Weichselburg 12,00. Borna b. S. 4,60. Odesloe 11,07. Duisburg 348,14. Grabow i. M. 206,34. Binzen 18 999,81. Zinzen 16 689,65. Girschberg i. Schl. 106,05. Sappau 500,00. Brandenburg a. d. S. 305,55. Danzig 48,17. Schöngau 28,23. Gollnow 22,67. Dömitz 16,00. Odrisleben 14,12. Brandenburg a. d. S. 1,95.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Penzig 3,40. Fürstene 3,00. Dommitzsch 1,20. Dömitz 1,40. Darmstadt 30,40. Uederünde 1,50. Danzig 1,85.

Schluss: Montag, den 21. Januar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1917 haben eingelangt:

- Schömer, Uelzen, Bramsche, Neustadt a. d. Orla, Rargim, Welen, Anklam, Ermleben, Neulitz, Gmund, Dommitzsch, Lunzau, Schöner, München-Glabach, Ramenz, Stabe, Eisenberg i. Pfl., Walsum, Annaberg i. Erzgeb., Weichselburg, Riegenhals, Freivaldau, Neustadt i. Pfl., Brunsbüttelkoog, Habelberg, Wolgast, Halle, Kiel, Rathenow, Ullm a. D., Neubach, Frankend., Langenluka, Regensburg, Forstheim, Wiegitz, Griefswald, Girschberg, Penzig, Straubing, Weiskirchen, Wernigerode, Mannheim, Friedland i. M., Fürstene, Sommerfeld, Frankfurt a. D., Radenburg, Wittenberg, Ochersleben, Schöningen, Merseburg, Landshut, Dörfert, Ebingen, Ubersdorf, Döbeln, Pries, Wügeln b. O., Miesitz, Zerbst, Miesbach, Bornhöved, Plauenischer Grund, Meißner, Rastenburg, Kempten, Göppingen, Borna b. S., Köln, Barmen, GutsMuths, Andernach, Bendorf, Duisburg, Lriebs, Ludwigshafen, Elmshorn, Hamburg, Odesloe, Döberan, Chemnitz, Rottenburg, Uederünde, Sappau, Dranienburg, Speyer, Friedland i. Schl., Köthen, Großenhain, Gollnow, Blankenburg, Müthen, Osterwerda, Radenburg a. O., St. Ingbert, Danzig, Heidenheim, Marktandorf, Grewsmühl, Lauterbach, Odrisleben, Schöngau, Zabitowo.

Verloren und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in.

Lokalbeiträge

erzielt die Zahlstelle Breslau 20 Pf. für männliche Mitglieder und 15 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Hannover i. Erzg. Albin Richter, Wieja im Böhmpantal 75d. Richard Matthes, Buchholz i. Erzg., Neue Gasse 3. Andernach. Joseph Krones, Gr. Grünerweg 27. Anton Böhmert, Gr. Grünerweg 25. Ebingen i. Nienburg. Wilhelm Sauter, Schützenstr. 21. Peter Rothmund, Spitalhof 3. Eisenberg (Pfl.) Karl Hochketter, Hauptstr. 132. Johann Ulrich, Kröpferstraße. Eger. Max Reith, Egen W, Kuglerstraße 37. Hegermühle. Gustav Hübner, Schönholzer Straße 2. Labenburg. Gustav Schmidt, Mühlstraße 447. Sappau. Ernst Marquardt, Wilhelm Markgraf. Rathenow. Friedrich Rapphamel, Gr. Wilmer Str. 65. Radebeulden. Rolf Reubling in Oberbayern. Gau 10. Johann Grill, Nr. 9 1/2. Johann Klinginger, Nr. 8 1/2. Saarbrücken. Albert Saar, Louisa-Saar, Provinzialstraße 15, O. V.